Nr. 107 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 24. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundhöhe. 29 mm breit. M. 1.80, für das Ausland M. 16.—, Reklamezeile. 62 mm breit. M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Geheimdiplomatie in San Remo

Die Konferenz in San Remo geht ihrem Ende entgegen, ohne wesentliche Entscheidungen in den uns hauptsächlich interessierenden Fragen getroffen zu haben. Die Balkanfragen wurden ausgiebig erörtert und behandelt, und haben sich wieder als unlösbar erwiesen. Immerhin scheint auf diesem Gebiet eine oberflächliche Einigung zwischen den Alliierten zustande gekommen zu sein. Die deutsche Angelegenheit aber, der unerhörte Friedensbruch Frankreichs durch den Einmarsch in den Maingau, spielt zwar hinter den Kulissen die ausschlaggebende Rolle bei den geheimen und persönlichen Besprechungen der Staatsmänner, vor der Oeffentlichkeit aber darf sie nicht behandelt werden. Was über sie daher mitgeteilt wird, beruht nur auf Gerüchten, die sich seit Beginn der Tagung mit geringen Abweichungen immer wiederholen und deren Aufzeichnung zum größten Teil wir uns und unsern Lesern ersparen können.

Am interessantesten scheint augenblicklich die vom „Matin" verbreitete Meldung, Nitti und Lloyd George hätten Millerand den Gedanken nahegelegt, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. Die Wirkung dieses Vorschlages aber auf Millerand könne man sich, schreibt der Berichterstatter des „Matin", leicht vorstellen. Bei der Reichskanzlei in Berlin war, wie die „Voss. Ztg." erfährt, nichts bekannt darüber, daß die Anwesenheit des Reichskanzlers in San Remo dem englischen und dem italienischen Ministerpräsidenten wünschenswert erschienen sei. Es kann also wohl angenommen werden, daß es sich hier um die Verbreitung eines leeren Gerüchtes handelt, mit dem der „Matin" irgendwelche besondere Zwecke verbindet, sei es die, Millerand Gelegenheit zu einer schönen Pose zu geben, oder den Deutschen ihre Minderwertigkeit und Verhandlungsunfähigkeit beizubringen, oder eine andre. Vielleicht wollte man auch noch einmal Frankreichs Unversöhnlichkeit dartun, gegen die in San Remo besonders energisch angekämpft wird. Ueber diese

Versuche, Frankreich umzustimmen,

wir über den weiteren Stand der Verhandlungen liegen folgende Depeschen vor:

☞ **San Remo, 23. April. (Von unserm Sonderberichterstatter.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, war die Unterredung zwischen Nitti, Lloyd George und Millerand sehr lebhaft. Nitti machte bei dieser Gelegenheit dem englischen Ministerpräsidenten den Vorschlag, den deutschen Reichskanzler nach San Remo einzuladen, um mit ihm zusammen die Grundlagen für eine Revision des Versailler Friedensvertrages zu vereinbaren. Auf Befragen eines französischen Journalisten erklärte Millerand, daß davon absolut keine Rede sein könne.**

☞ **Genf, 23. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Temps" meldet aus San Remo, man werde Millerand zwingen, einen Teil der französischen Ansprüche aufzugeben. Der „Petit Parisien" hält eine endliche Entscheidung nicht für ausgeschlossen, glaubt aber, daß diese doch noch in weiter Ferne liege.**

✦ **Hamburg, 23. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus Kopenhagen erfahren die „Hamb. Nachr.": Nach einem Telegramm aus San Remo sind Lloyd George und Nitti bei dem französischen Ministerpräsidenten Millerand vorstellig geworden, daß Frankreich gegen Deutschland eine Politik der Versöhnung einleiten möge. Lloyd George und Nitti erklärten, daß Deutschland unzweifelhaft den Friedensvertrag von Versailles in allen seinen Punkten erfüllen werde, wenn sich Frankreich entgegenkommender zeigen würde. Millerand erklärte dementgegen, Frankreich habe während des ganzen Krieges so große Verluste erlitten, daß es keines seiner Rechte aufgeben könne und auf die genaue Erfüllung des Friedensvertrages dringen werde.**

ITA. **Köln, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der Vertreter des „Temps" bestätigt, daß die französische Abordnung beschlossen hat, am Sonntag San Remo zu verlassen. Der gleiche Berichterstatter erklärt, die unterschiedliche Behandlung der französischen Presse und der englischen und italienischen Presse hätte bei den französischen Pressevertretern eine lebhafte Unzufriedenheit hervorgerufen. Der Vertreter des „Journal des Débats" teilt mit, die deutsche Note wäre Gegenstand sehr eingehender Privatunterhaltungen zwischen den Ministerpräsidenten gewesen. Die Meinungsverschiedenheiten seien ernst.

Den größten Raum nahmen bei den offiziellen Verhandlungen

die orientalischen Fragen

ein. Über ihren Stand unterrichten folgende Telegramme:

☞ **San Remo, 23. April. (Von unserm Sonderberichterstatter.) Der Oberste Rat hat eine Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es sein soll, die türkischen Finanzen zu überwachen, die ihrerseits aber wieder eine Unterkommission zur Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld bestimmen soll. Italien hat sich bereit erklärt, an einer Besetzung von Gallipoli zusammen mit den andern Alliierten teilzunehmen, lehnt aber die Beteiligung an einer militärischen Expedition nach Anatolien ab. Die anatolisch-kurdistanische Frage wurde schließlich durch die Herstellung des status quo ante geschlossen. Der Oberste Rat beschloß, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu Friedens- und Kriegszeiten auch für Kriegsschiffe derjenigen Staaten freizuhalten, die nicht gegen die Türkei Krieg führen. Die Befestigungen an den Dardanellen sollen geschleift werden. Eine internationale Streitmacht wird die Freiheit der Durchfahrten von dem Ägäischen Meer nach dem Marmara-Meer beschützen. — Gestern abend traf Abdel Latif Mikka Bei in San Remo ein, um als Abgeordneter der ägyptischen Legislative den Protest seiner Landsleute gegen die Klausel des türkischen Friedensvertrages zu überreichen, die Aegypten unter englisches Protektorat stellt. Die Türkei hat kein Recht über uns, da Aegypten zu Beginn des Krieges seine Unabhängigkeit erklärt hat. Damals sollte England den Mächten mit, daß es den Schutz und nicht das Protektorat über Aegypten übernehme.**

Das ganze Bild der Verhandlungen in den letzten Tagen zeigt, daß auf dieser Konferenz, wie auf allen andern, sich die wichtigsten Dinge unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hinter den Kulissen vollziehen. Die Geheimdiplomatie geht ihre geheimen Wege, und erst späteren Beurteilern wird es möglich sein, aus dem Gang der Ereignisse und mit Hilfe der beliebten Enthüllungen auf die positiven Abmachungen während dieser Verhandlungen zu schließen. Wir können nur zwischen den Zeilen lesen, glauben aber, daß bei dem raschen Fluß, in dem sich zur Zeit alles befindet, auch uns bald sichere Rückschlüsse möglich sein werden.

✦

Entwaffnung bis zum 30. Mai

✆ **Genf, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet aus San Remo, daß die beschlossene Entwaffnung Deutschlands weitere Verhandlungen der Alliierten nötig mache. Die Alliierten seien vorläufig darin einig, daß die Entwaffnung Deutschlands bis 30. Mai durchgeführt sein müsse und daß alle bewaffneten Organisationen in Deutschland, die nicht der Reichswehr oder der organisierten, gleichfalls bewaffneten alten Polizei angehören, restlos zu beseitigen seien.

✦

Millerand bemüht sich um Italien

☞ **San Remo, 23. April.** (Eigener Drahtbericht.) **Millerand erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß Frankreich große Sympathien für Italien habe. Es beständen zwar einige Differenzen zwischen beiden Mächten, diese störten jedoch das Bündnis nicht. Was die Adria-Frage angehe, so wolle Frankreich gern mitwirken, um eine gerechte Lösung dieses Problems zu finden, die beide Teile befriedigen werde. Zur deutschen Frage übergehend bemerkte Millerand, daß ein dauerhafter Frieden sich nur auf dem abgeschlossenen Vertrage aufbauen könne. Nach seiner Meinung habe Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllt. Wenn es nicht genügend Kohlen geliefert habe, so liegen hier vielleicht höhere Gewalten vor, wenn man aber die Weigerung, sich zu entwaffnen, betrachte, so könne man nicht umhin, anzunehmen, daß hier lediglich ein böser Wille vorliege. Auf die Frage, wann die Konferenz offiziell zur deutschen Frage Stellung zu nehmen gedenke, antwortete er, wahrscheinlich am Freitag.**

✦

Vorbereitung einer Kredit-Konferenz

* **Haag, 23. April.** Das Bureau des Völkerbundes meldet, daß Amerika erklärt hat, sich offiziell an der Brüsseler Konferenz nicht beteiligen zu können. Amerika stellt sich auf den Standpunkt, keine weitere finanzielle Hilfe gewähren zu können. England wird Vertreter schicken, aber macht den Vorbehalt, daß es keine Beschlüsse, die England neue finanzielle Opfer auferlegen würden, genehmigen kann. Aufgabe der Konferenz ist es, Mittel zu suchen, wodurch das Kreditwesen wiederhergestellt werden kann.

✆ **Genf, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Havas-Bericht über die Sitzung der Pariser Wirtschaftskommission hat sich diese gegen die Gewährung freier Kredite an Deutschland und die andern früher feindlichen Staaten ausgesprochen. Die Kommission einigte sich darauf, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau der früher gegnerischen Mächte durch weitgehende Rohstoffkredite zu unterstützen sei.

✦

Frankreich behält die deutschen Schiffe

Nach einer Havasmeldung aus London ist heute nachmittag ein französisches Abkommen über die deutsche Handelstonnage erzielt worden. Nach dem „Temps" tritt England die gesamte Handelstonnage ab, die Frankreich verwaltet. Die Handelstonnage, die über 250 000 Tonnen hinausgeht, wird von Frankreich durch Verrechnung auf das Wiedergutmachungskonto bezahlt.

✦

Erschwerung unsres Handels mit Holland

* **Essen, 23. April.** Die Wiedergutmachungskommission hat der hiesigen Ententekommission mitgeteilt, ihre Zustimmung für weitere Kohlenlieferungen an Holland nicht zu erteilen. Solange die volle Menge von Kohlen an Frankreich nicht geliefert sei, wolle die Kommission keine neuen Lieferungsverträge mit neutralen Staaten abschließen.

✦

Unter der Herrschaft der Belgier

ITA. **Köln, 23. April.** (Eigener Drahtbericht.) Die „Köln. Volksztg." meldet aus Aachen: Das belgische Kriegsgericht verurteilte gestern nachmittag nach mehrstündiger Verhandlung den Sekretär Hermanns vom Deutschen Handlungsgehilfen-Verband, der am vergangenen Sonnabend bei der Demonstration auf dem Blücherplatz eine Rede gehalten hatte, zu einem Jahr Gefängnis und zu 1000 Franken Geldbuße. Hermanns wurde sofort verhaftet. Der Mitangeklagte, Polizeipräsident von Korff, wurde freigesprochen.

✦

Das besetzte Frankfurt

✠ **Frankfurt, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Während in dem alten besetzten Gebiet des Brückenkopfes Mainz der Belagerungszustand aufgehoben sowie der Verkehr freigegeben worden ist und auch auf das Paß-Visum verzichtet wurde, bleibt in Frankfurt a. M. der Belagerungszustand noch bestehen. Allem Anschein nach wird auch die Polizeistunde vorläufig nicht verlängert werden. In Offenbach und Darmstadt ist die Polizeistunde jetzt bis 1 Uhr verlängert worden, und die Einreise in das besetzte Gebiet wurde ohne Paß-Visum freigegeben. — In einer Frankfurter Kommunisten-Versammlung wurde gestern abend erklärt, daß man mit der Besetzung der Franzosen zufrieden sei, weil erst dadurch den Kommunisten Gelegenheit gegeben werde, öffentlich Versammlungen in Frankfurt abzuhalten.

✆ **Frankfurt a. M., 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Die schwarzen Truppen werden nicht aus Frankfurt zurückgezogen. Gestern ist wieder eine Abteilung von 850 Negern in Sachsenhausen links des Mains eingerückt.

Generalstreik in Elsaß-Lothringen

✠ **Berlin, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) **Ein Gegenstand der Freude ist das „wiedererrungene" Elsaß-Lothringen für die Franzosen bisher nicht gewesen, da weite Teile der elsaß-lothringischen Bevölkerung keineswegs mit der Neuordnung der Dinge zufrieden sind. Zu den politischen Verdrießlichkeiten im ehemaligen Reichsland hat sich nunmehr eine umfangreiche Verkehrsstockung gesellt infolge des Generalstreiks, der zu nahezu vollständigem Ausstand führte. Lohnstreitigkeiten waren der Ausgangspunkt des Streikes, und Eisenbahner, Postbeamte und Presse nahmen auch ihrerseits dieses Kampfmittel auf, nachdem die Direktionen der in Betracht kommenden Werke Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgelehnt haben. Der Direktor der „Lothringischen Volkszeitung" machte aus seiner Sympathie mit der Sache der streikenden Arbeiter kein Hehl, was ihm schwere Unzuträglichkeiten auf den Hals lud. Doch von parlamentarischer Seite ist ihm auch Hilfe gekommen, nachdem alle lothringischen Abgeordneten sich mit ihm solidarisch erklärten. Die Vereinigung der einheimischen Lehrer, die sich gleichfalls auf ihre Seite gestellt hatte, suchte um Empfang beim Generalkommissar nach, vermutlich um ihn über die Sachlage aufzuklären. Anderseits lehnte der größte Teil der zu Verhandlungen auf die Metzer Präfektur geladenen Industriellen es ab, dort zu erscheinen. Von 30 sind nur 7 gekommen, so daß die Verhandlungen auch in dieser Beziehung scheiterten.**

✦

Neue Verleumdungsversuche des „Matin"

☞ **Paris, 23. April.** (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin" wird aus Straßburg gemeldet: In den letzten Tagen sind zahlreiche neutralistische Flugblätter von Deutschland nach Elsaß-Lothringen gelandet worden, die eine unerhört heftige Sprache führen. Es heißt darin: „Bürger und Proletarier! Weiche nicht vor den Säbelrasslern zurück. Jeder Mann auf die Straße! Flieht nicht, wenn geschossen wird! Wer für das Vaterland fällt, ist unsterblich." Die Sendungen, die in Metz eintrafen, stammen aus Ludwigshafen. Trotzdem diese Stadt besetzt sei, hätten die deutschen Agenten es fertig gebracht, unter den Augen der französischen Behörden ihre Versandbureaus einzurichten.

Rückkehr der Letzten

✆ **Rotterdam, 23. April.** (Eigener Drahtbericht.) **Die „Morning Post" meldet aus Paris, daß nach neuerlichen Verhandlungen der alliierten Kabinette auch die in den französischen Untersuchungsgefängnissen zurückbehaltenen deutschen Kriegsgefangenen am 1. Mai zur Heimkehr entlassen werden.**

✕ **Berlin, 22. April.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Capetown Maru" mit deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien wird Wladiwostok Ende April verlassen. Es verbleiben dann nur noch 400 deutsche Gefangene östlich des Baikalsees. — Der deutschen Fürsorgekommission in Wladiwostok ist es gelungen, Verbindung mit den Lagern in Mittelsibirien aufzunehmen. Die ersten 1000 Mann aus der Gegend von Irkutsk werden voraussichtlich im Juni in Wladiwostok eintreffen, um von dort auf dem Seewege abtransportiert zu werden. Es besteht die Möglichkeit, daß es der Kommission gelingen wird, Briefe und Pakete für die deutschen Kriegsgefangenen in Mittelsibirien zu vermitteln. Ende April wird der Dampfer „Ulme Maru", Ende Mai der Dampfer „Mankau Maru" aus Hamburg nach Ostasien abgehen. Postsendungen mit der Aufschrift „Für Dampfer nach Ostasien" und der Adresse des Kriegsgefangenen sind an die Dienststelle der Admiralität in Hamburg zu leiten. Eine Gewähr für sichere Ankunft der Postsendungen kann natürlich nicht übernommen werden.

Der Kampf um die notwendigste Truppenzahl

✕ **Berlin, 22. April.** In einer vom Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß eine weitere Verminderung der militärischen Verbände im gegenwärtigen Augenblicke nicht angängig ist wegen der Durchführung der polizeilichen Maßnahmen. Die deutsche Regierung hat gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Anträgen lediglich nach Kopfstärke bemessen werde. Für die Artillerie ist um Belassung von elf Batterien in der 50-Kilometer-Zone gebeten worden. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie mit den am 21. April vorhandenen Truppen die Ordnung werde aufrechterhalten können. Jede Störung der Ruhe würde auch die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages gefährden. Dem Vorsitzenden des interalliierten Ueberwachungsausschusses für das Landheer, General Nollet, ist außerdem eine genaue Uebersicht der Truppenverbände in der 50-Kilometer-Zone übermittelt worden.

* **Basel, 23. April.** Meldungen, wonach die Zurückziehung der Reichswehr aus dem Industriegebiet seit 21. April durchgeführt werde, treffen nicht zu. Die Zahl der Truppen ist nur auf das von der Entente zugelassene Maß durchgeführt worden. In den Städten des Industriegebiets liegen noch Reichswehrtruppen in Stärke von etwa 15 000 Mann.

Tower geht nach Paris

Der Oberkommissar Sir Reginald Tower teilte, wie das Wolff-Bureau meldet, im Staatsrate mit, daß er sich zu Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz nach Paris begeben und voraussichtlich vierzehn Tage von Danzig fernbleiben werde. Der Antrag der sozialdemokratischen Partei, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertage zu erklären, wurde abgelehnt. — Der in der deutschen Nationalversammlung vorliegende Tarifvertrag mit den Lohnbediensteten der Eisenbahnverwaltung soll auch für den Freistaat Danzig nach Annahme durch die Nationalversammlung entsprechende Geltung haben.

„Die Frage des Schweigens"

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 19. April

André Tardieu, der sich zur englisch-französischen Auseinandersetzung über Frankreichs Vorrücken im Mainzer nicht geäußert hat, lebt in Erinnerungen an seine von ihm im Vorjahre gespielte Glanzrolle. Ohne auf die Ereignisse dieser Tage hinzuweisen, berichtet er über einen ernsten Streitfall, der sich kurz vor einem Jahre zwischen dem 11. und 20. April im Pariser Friedensdomänl zwischen Clemenceau und Lloyd George entrollte. Um Tardieu zu verstehen, ist eine Vorbemerkung nötig:

Man weiß, daß Millerand durch seine Presse der englischen Regierung Vorhaltungen darüber machen ließ, die Diskussion zwischen dem Quai d'Orsay und Downing-street in die Oeffentlichkeit gezogen zu haben. Er sprach durch den „Matin" den Argwohn aus, die Deutschen würden sich durch die Erörterung der Frage, ob Frankreich auf die Zustimmung seiner Verbündeten rechnen könne oder nicht, in ihrer Politik, den Vielverband in innere Schwierigkeiten und Streitereien zu verstricken, gestärkt fühlen. Und Lloyd George hätte nach seinem Ostervorland und Wiederaufnahme der Geschäfte dem Meinungsaustausche einen verschärften Charakter gegeben: ohne vorherige Befragung der Pariser Regierung brachte er nämlich den Fall gleich einer Streitfrage vor die öffentliche Meinung. Erst die Diskussion vor aller Welt rief die Spannung hervor, gab der „Angelegenheit" einen peinlichen Charakter. In der Kammersitzung wies Millerand auf diese von englischer Seite veranlaßte öffentliche Verhandlung der Besetzungsfrage hin und legte auf das Wörtchen „vertraulich", das die künftige Richtlinie bei allen sich ergebenden Diskussionen zwischen Paris und London, gleichen müsse, besonderen Nachdruck. Daß die nationalistischen Blockmänner Beifall klatschten, ist ein Beweis für die allgemeine Verstimmung in Frankreich über das „Ausposaunen des Botschafterfalls durch Lloyd George" und die daraus entstandene Schwierigkeit des Pariser Kabinetts, vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes und vor den Deutschen das Zurückweichen zu maskieren.

Tardieu erzählt nun in der Pariser „Illustration" die Geschichte des vertraulichen Zwischenfalls, bei dem es gleichfalls um die Frage ging: Schweigen oder Reden. Er zeigt, mit welcher Geschicklichkeit Clemenceau den oft hart auf ihre Tragfähigkeit geprüften französisch-englischen Bundesbeziehungen ein Ende brachte, indem er sich nicht lange bitten ließ, sondern augenblicklich, wenn auch mit sarkastischem Unterton, nachgab. In den Apriltagen 1919 spitzte sich die Frage der Veröffentlichung der Friedensbedingungen zugleich mit der Unterreichung des Vertrags an die deutsche Delegation sehr bedenklich zu. Tardieu stellt fest, daß es Lloyd George gewesen, der strikteste Geheimhaltung bis zur Unterzeichnung wünschte, ebenso wie er die „Vorbereitung des Vertrags" als strenges Geheimnis gewahrt sehen wollte. Da Tardieu nächst Clemenceau die persönlichen Fragen zu behandeln hatte, so nahm er an der Erörterung des Falls, ob man am 7. Mai den Vertrag der Presse mitteilen dürfe oder nicht, teil. Clemenceau erklärte, „man müsse seinen Landsleuten die Schande ersparen, daß sie den Wortlaut der Bedingungen in deutschen Blättern lesen". Lloyd George befürchtete ein „Preßgeschreibe" und Erschwerung der Konferenzarbeit. Als der britische Premier bei Wilson Unterstützung fand, beeilte sich Clemenceau, das Schweigen anzuerkennen.

Tardieu gibt hier Herrn Millerand eine Lektion. Mit den englischen Freunden darf nicht des langen und breiten über eine Frage „sekundärer Art" gerechtet werden. Als Millerand merkte, daß Lloyd George die Presse mobilisierte, um dem Standpunkte der Londoner Regierung Nachdruck zu verleihen, hätte er, Millerand, nicht darüber klagen, sondern in gleicher Manier vorgehen müssen. Anstatt dieser verdünnisierten Taktik wählte er aber die der Vertraulichkeit und „diskreten Behandlung" der Angelegenheit. Aus London reagierte es sensationelle Meldungen, und in Frankreich geriet die öffentliche Meinung wieder einmal unter den vorherrschenden Einfluß der englischen Agenturen. Herr Tardieu weiß zu tadeln, aber er versteht es auch, zu trösten. Obgleich der Aufsatz in der „Illustration" die „Frage des Schweigens" scheinbar in den Vordergrund rückt, so ist seine Tendenz doch eine andre. Sie lautet: Gib dem Engländer in Formfragen nach, im großen und ganzen behältst du am Ende dennoch recht . . .

Als Beweis für diesen tröstlichen Fingerzeig verrät Tardieu, daß Clemenceau die ursprünglichen Grundlinien des den Deutschen vorzulegenden Vertrags vollständig beseitigte und ein Traktat durchsetzte, das zwar nicht sämtliche französische Forderungen zur Erfüllung brachte, aber ein gewaltiges Stück des französischen Friedensprogramms durchsetzte. Tardieu gemäß lauteten die „Grundzüge des Vertrags, wie er der französischen Delegation bei Beginn der Pariser Konferenz vorgelegt wurde", folgendermaßen: Rückgabe Elsaß-Lothringens unter Berücksichtigung der dort vorhandenen deutschen Werte, die von der gesamten Kriegsentschädigung in Abzug zu bringen sind; weder Ueberlassung des Saargebiets an Frankreich in traendeiner Form, noch Besetzung des linken Rheinufers für länger als achtzehn Monate; die Abzahlung der Kriegsentschädigung muß innerhalb 30 Jahren erfolgen (was bis dahin nicht aufgebracht werden kann, verfällt); Anschluß Deutsch-Oesterreichs; teilweise Ablieferung von Handelsschiffen.

Triumphierend laut Tardieu: „Das war die Urform des Vertrages. Nun kann man erst beurteilen, was Frankreich daraus gemacht hat. Wir haben allen Grund, damit zufrieden zu sein." Jeder Franzose weiß jetzt aus dem Munde eines Mitglieds der um Clemenceau gescharten Delegation, daß man, wenn es darauf ankommt, von der englischen Regierung die „gewünschten Zugeständnisse" zu erhalten imstande ist. Bloß müsse man wie Clemenceau verstehen, in „petitesses" nachzugeben. Da aber Tardieu bei Erörterung der „Frage des Schweigens" das Schweigen selbst gebrochen hat, so ist durch seinen Aufsatz in der „Illustration" einwandfrei der Nachweis geliefert, daß es Frankreich war, dessen annexionistische Forderungen das Zustandekommen eines Vertrages in der Urform verhinderten. Tardieu stellt endgültig fest: Frankreich zerstörte die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens durch die siegreiche Behauptung annexionistischer und militaristischer Thesen, die dem Versailler Vertrag den Stempel eines Vernichtungsfriedens aufdrückten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200424/1